

Anlässlich der „Kahlschlag-Demo“ am 25.11.2003

hat Kurt Brand für den SBS Aargau die folgenden Worte an die Demonstrierenden (mehr als 4000 Personen) gerichtet, welche gegen die Sparvorlagen des Kantons aufmarschiert waren...

Liebe Aargauerinnen und Aargauer

Was für einen Staat wollen wir? Um diese zentrale Frage geht es hier und heute!

Wollen wir einen Staat, der Reiche und Superreiche privilegiert, der unnötige Steuergeschenke macht und der darauf baut, dass sich die Starken und Leistungsfähigen ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen?

Oder wollen wir einen Staat, der für alle Menschen da ist – einen Staat, der für wirtschaftlich gute Rahmenbedingungen sorgt, der aber auch sozialen Ausgleich schafft?

Ich bin sicher, wir hier Versammelten wollen einen sozialen Kanton, einen Kanton auch, der ein fairer und guter Arbeitgeber ist.

Das „Entlastungsprogramm 2003“ ist unvernünftig, unnötig und trifft Menschen am Rande ganz besonders hart. Wir bei CARITAS Aargau wissen nur all zu gut, was dies bedeutet. Die Zahl der Hilfe Suchenden hat innerhalb eines Jahres um **50 %** zugenommen! Bei immer mehr Aufgaben die Sache des Kantons und der Gemeinden sind, müssen neu Hilfswerke, Kirchen und andere private Organisationen einspringen. Das kann und darf nicht sein.

Die Wirkung des Sparwahns kann ich aus Sicht des Sozialbereiches beurteilen/aufzeigen:

So ist zum Beispiel das Integrationsleitbild für die bessere Integration von Zugewanderten gefährdet. Es ist zu befürchten, dass der Grosse Rat anfangs nächstes Jahr keine Mittel für die Integrationsförderung bewilligt. Statt dessen beschliesst er schon heute

Integrationshindernisse wie grössere Klassen. Dies ist fatal. Die volkswirtschaftlichen Folgekosten, die durch schlecht integrierte Migrantinnen und Migranten entstehen, sind weitaus höher als wirksame Integrationsprogramme.

Auch die Asyl Suchenden sollen wieder mithelfen, die Staatskasse zu sanieren. Der Kanton erhält vom Bund Pauschalen für die Verwaltung, Betreuung und Unterbringung. In den letzten 7 Jahren hat der Kanton nie die vollen Pauschalen an die Asyl Suchenden weiter gegeben. Mehr als 20 Millionen Franken wurden so von den Ärmsten weg in die Staatskasse abgezweigt. Künftig soll jeder Asyl Suchende zusätzlich noch einmal 2 Franken pro Tag in die Staatskasse abliefern. Ich finde dies skandalös, insbesondere, da es sich um gesprochene Bundesgelder handelt, welche in anderen Kantonen wie vorgeschrieben an die Betroffenen

selber weitergegeben werden. Die Hälfte der geplanten Kürzung trifft die Gemeinden. Der andere Franken entspricht einer 9 %igen Kürzung des täglich zur Verfügung stehenden Betrages. Nur wer viel hat, kann so entscheiden.

In der Sozialhilfe nimmt der Druck auf die Betroffenen massiv zu. Immer mehr Menschen stossen auf Schwierigkeiten, wenn sie Sozialhilfe beantragen wollen. Dies hat direkt mit den knappen Kassen der öffentlichen Hand zu tun. Auf elegante Weise ist es dem Kanton in der Revision des Sozialhilfegesetzes gelungen, die Kosten für die Sozialhilfe künftig ganz den Gemeinden zuzuschreiben. Diese realisieren erst allmählich, was dies bedeutet. Bis jetzt müssen die Gemeinde maximal 2/3 bezahlen. Nach Annahme der Aufgabenteilung wären es 100%!

Mit der Ablehnung des 2. und des 3. Pakets der Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden können wir Schlimmeres verhindern. Stimmen wir also am nächsten Wochenende NEIN zum 2. Paket der Aufgabenteilung und somit NEIN zur Änderung des Sozialhilfegesetzes. Wir müssen den Ausstieg des Kantons aus der Verantwortung stoppen. Ich komme zum Schluss: Der soziale Friede und der soziale Ausgleich sind Garanten für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Lassen wir unseren Aargau nicht kaputtmachen!!!

Stoppen wir den Kahlschlag!

Auch ich will keine Verschuldung der Staatskasse als Lösung. Was spricht denn eigentlich gegen eine moderate Erhöhung der Kantonssteuern? Gar nichts. Es wäre ein Akt der Vernunft und hätte einen schönen Nebeneffekt: Die Solidarität zwischen Reichen und Armen, Privilegierten und Benachteiligten, Menschen mit und ohne Arbeit würde gestärkt.

Danke.

Häppchen zum Einbauen:

30% von Ihnen sind durch Armut oder working poor gefährdet - oder spreche ich schon wieder vor einem Publikum wie unser Parlament, das zufälligerweise nur aus jenen besteht, welche zu den anderen 70 % gehören?

Die Ausländischen Arbeitkräfte verdienen bei gleicher Arbeit im Schnitt 25% weniger als ihre Schweizer Mitarbeitenden. Gleichstellung zwischen Mann und Frau ist noch bei weitem nicht erreicht. Bei gleicher Intelligenz erreicht nur ein winziger Teil der Migrantenkinder eine höhere Bildungsstufe. Der Kanton gibt darauf eine klare Antwort: In jeder Ansprache wird der Wille zur Integration und zur Gleichstellung beschworen. Was aber tut der Kanton? Sparen bei den Frauen und bei den Ausländern schont halt die Kantonskasse.

Wir alle sind empört, dass es jetzt auch uns trifft. Wir alle gehören aber zu einer
Wahlgemeinde, die es das nächste Mal besser machen kann. Dieser Sparwahn schreit nach
einer Quittung.